

Beschlußempfehlung und Bericht **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/824 —

Keine weiteren israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten

A. Problem

Mit der Nahost-Friedenskonferenz, die zunächst in Madrid zusammengetreten war und an der sich erstmals alle Konfliktparteien beteiligen, ist eine Chance gegeben für einen Friedensprozeß im Nahen Osten, der die Möglichkeit einer umfassenden Lösung des israelisch-arabischen Konflikts und der Palästina-Frage eröffnet.

B. Lösung

Um die Chance für einen Frieden im Nahen Osten zu nutzen, müssen alle Beteiligten ein Klima des Vertrauens schaffen und gleichzeitig alles unterlassen, das geeignet sein könnte, die begonnenen Verhandlungen und den Friedensprozeß zu behindern.

Einstimmige Annahme in der geänderten Fassung bei einer Enthaltung des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktion der SPD — Drucksache 12/824 — in der nachstehenden Fassung anzunehmen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß durch die Nahost-Friedenskonferenz in Madrid ein Verhandlungsprozeß eingeleitet wurde, an dem erstmals alle Konfliktparteien beteiligt sind. Er bekräftigt seine Erwartung, daß die Verhandlungen genutzt werden, um eine umfassende, gerechte und dauerhafte Lösung des israelisch-arabischen Konflikts und der Palästina-Frage zu erreichen. Der Deutsche Bundestag bekräftigt seine Hoffnung, daß am Abschluß des Friedensprozesses ein in der Region anerkanntes Israel friedlich und sicher mit seinen Nachbarn leben und das palästinensische Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausüben kann.
2. Der Deutsche Bundestag tritt dafür ein, daß die Chance, die sich für den Frieden im Nahen Osten eröffnet hat, durch Augenmaß und die Bereitschaft zu wohlerwogenen Kompromissen genutzt wird. Er fordert die Beteiligten dazu auf, alle ihnen möglichen Schritte zur Schaffung eines Klimas des Vertrauens einzuleiten. Im gleichen Sinn ist es jetzt noch bedeutsamer, alles zu unterlassen, was die Verhandlungen und den Friedensprozeß behindern könnte.
3. In diesem Zusammenhang sieht der Deutsche Bundestag in der Siedlungspolitik der israelischen Regierung in den besetzten Gebieten und der willkürlichen Beschlagnahme arabischen Eigentums die Gefahr einer Belastung des Friedensprozesses und einer Selbstisolierung Israels in der Völkergemeinschaft.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit und begleitend in direktem Kontakt mit der israelischen Regierung auf eine Einstellung der israelischen Siedlungsaktivitäten hinzuwirken.
5. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
 - durch verstärkte materielle Hilfe an die Bevölkerung in den von Israel besetzten Gebieten national wie im europäischen Rahmen zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beizutragen,
 - auf einen Bericht der Europäischen Gemeinschaft hinzuwirken, wie diese Hilfe auch durch direkte Vergabe an humanitäre Organisationen vor Ort effektiver gestaltet werden könnte.

Bonn, den 30. März 1992

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Hans Stercken
Vorsitzender

Reinhard Freiherr von Schorlemer
Berichterstatter

Katrin Fuchs (Verl)
Berichterstatterin

Ulrich Irmer
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Reinhard Freiherr von Schorlemer, Katrin Fuchs (Verl) und Ulrich Irmer

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 41. Sitzung am 19. September 1991 einen Antrag der Fraktion der SPD „Keine weiteren israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten“ — Drucksache 12/824 — dem Auswärtigen Ausschuß federführend und dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Mitberatung überwiesen.

Der mitberatende Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich in seiner Sitzung am 22. Januar 1992 mit dem Antrag in der geänderten Fassung befaßt und ihn dem federführenden Auswärtigen Ausschuß zur Annahme empfohlen.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 22. Januar 1992 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. sowie des anwesenden Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der geänderten Fassung angenommen; der Vertreter der Gruppe der PDS/Linke Liste hat sich der Stimme enthalten. Der federführende Auswärtige Ausschuß empfiehlt dem Deutschen Bundestag die Annahme des geänderten Antrags. Auf eine Aussprache zu dem Antrag in der Plenarsitzung sollte nach Auffassung des Ausschusses verzichtet werden.

Bonn, den 30. März 1992

Reinhard Freiherr von Schorlemer

Berichterstatter

Katrin Fuchs (Verl)

Berichterstatte

Ulrich Irmer

Berichterstatter

